



An die
Mitarbeitervertreter/innen im DWBO

Berlin, den 1. April 2009

AGMV-Newsletter 7/2009

Bericht zur Sitzung der Arbeitsrechtlichen Kommission am 23. März 2009

Wie in der Arbeitsrechtlichen Kommission auf Bundesebene, so gestalten sich auch die Verhandlungen über eine Tarifsteigerung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im DWBO immer unerfreulicher. So sollen geringfügige lineare Tabellensteigerungen durch die geforderte Rückkehr zur 40-Stundenwoche von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbst finanziert werden. Auf der Sitzung der Arbeitsrechtlichen Kommission im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (AK DWBO) vom 23. März 2009 haben die Dienstgebervetreter/innen eine 2,5%ige Erhöhung der Tabellenwerte jeweils zum 1. Juli 2009 und 1. Juli 2010 bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Arbeitszeit zum 1. Juli 2009 auf 39 und zum 1. Juli 2010 auf 40 Wochenstunden angeboten. Dieses „Angebot“ wurde von der Arbeitnehmerseite abgewogen und aus den nachfolgenden Gründen für zu leicht befunden. Die Arbeitszeiterhöhung um eine halbe Stunde würde zu einer relativen Absenkung der Entgelte um jeweils 1,3% führen. Dadurch blieben im Jahr 2009 von der 2,5%igen Tarifierhöhung am Ende nur eine 1,2%ige reale Entgeltsteigerung übrig. Von den 2,5% ab 1. Juli 2010 müssten 2,6% wegen der einstündigen Erhöhung der Arbeitszeit abgezogen werden. Das ergäbe von vornherein eine klare Minusrunde für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei darf auch nicht vergessen werden, dass die Dienstgeberseite zurzeit weitere entgeltwirksame Verschlechterungen, wie z.B. die Reduzierung der Wechselschichtzulage für Teilzeitbeschäftigte, anstrebt.

Derartige „Angebote“ kann die Arbeitnehmerseite der Arbeitsrechtlichen Kommission bei einem Kaufkraftverlust unserer Einkommen von etwa 20% seit der letzten Tarifsteigerung von vor 2002 keinesfalls als ernst gemeint betrachten. Die 1,9%ige Anhebung der Vergütungen vom Oktober 2007 ist durch die Halbierung der Jahressonderzahlung für das Jahr 2008 bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schließlich noch nicht einmal angekommen.